

Antrag 1

Antragsteller: CDA Kreisverband Rhein-Erft-Kreis

Stichwort: Steuerliche Subventionen für in- und ausländische Unternehmen nur bei nachhaltigem Erhalt der Arbeitsplätze

Die CDA-Deutschlands fordert die Landes- und Bundesregierung auf, zukünftig Ansiedlungssubventionen für in- und ausländische Unternehmen nur noch zu gewähren, wenn die Arbeitsplätze nachhaltig gesichert bleiben. Zudem sind einheitliche Standards innerhalb der europäischen Gemeinschaft anzustreben.

Dabei ist zu prüfen, wie bei Abbau aller Subventionen die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sind.

Begründung:

Die Beispiele AEG, Siemens (BenQ) oder NOKIA haben klar gezeigt, dass Deutschland nach wie vor ein Paradies für Steuersubventionen ist. Da werden großen und kleineren Firmen finanzielle Anreize von Staats wegen versprochen, sofern Sie sich hier in Deutschland ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten, und sofort nach Ablauf dieser Subventionsmaßnahmen verkünden diese Betriebe ihre Schließung, um sodann mit deutschen Finanzmitteln aus dem europäischen Topf nach Osteuropa zu verlagern.

Es muss klar sein, dass Arbeitsplätze in Deutschland sehr wichtig sind, aber es darf nicht sein, dass auf den Rücken vieler ArbeitnehmerInnen erst Millionengewinne für den Konzern eingefahren werden, und dann die Kündigung folgt. So kann und darf man mit Menschen hier nicht umgehen, vor allem nachdem sich viele ehemals Arbeitslose wieder in einen neuen Beruf gerade eingefunden haben.

Fast schon paranoid kam da der Vorschlag, dass ArbeitnehmerInnen doch der Firma nach Osteuropa folgen könnten – zu Ost-Dumpinglöhnen versteht sich. Heute blutet das „alte Europa“ arbeitsmarkttechnisch aus, morgen vielleicht schon Osteuropa. Und was kommt dann - Asien oder Afrika?